



## **EU-Lieferkettengesetz: Kommission kündigt Entwurf für Februar an – mehr als 100 Unternehmen fordern Haftungsregel**

*Berlin, 08.02.2022.* Das EU-Vorhaben, Unternehmen in ganz Europa zu Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Lieferketten zu verpflichten, findet Unterstützung von Wirtschaftsseite: Mehr als 100 Unternehmen und Investoren haben sich heute für ein EU-Lieferkettengesetz ausgesprochen. Die EU-Kommission hatte das Vorhaben im letzten Jahr mehrfach verschoben, nun steht es für ihre Sitzung am 23. Februar auf der Tagesordnung. Zivilgesellschaftliche Organisationen in zahlreichen EU-Staaten fordern ein wirksames Gesetz, das die Situation von Betroffenen verbessert.

*„Ohne klare Regeln kümmern sich Unternehmen viel zu selten um Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Lieferketten – mit fatalen Folgen. Viele Länder haben deswegen mit nationalen Gesetzen vorgelegt. Die EU hat nun eine historische Chance, in ganz Europa klare Spielregeln zum Schutz der Betroffenen zu schaffen.“* kommentiert Johanna Kusch, Sprecherin der **Initiative Lieferkettengesetz**.

In einer heute vom Business and Human Rights Resource Centre veröffentlichten Stellungnahme sprechen sich mehr als 100 deutsche und europäische Unternehmen und Investoren für ein EU-Lieferkettengesetz aus. Erstmals fordern sie darin auch die Einführung einer Haftungsregel, die es Betroffenen ermöglichen würde, Schadensersatz zu erhalten. In der Liste der Unterzeichner finden sich bekannte Namen wie Hapag-Lloyd, Ikea und Danone.

*„Viele Unternehmen unterstützen ein EU-Lieferkettengesetz und sind der Ansicht, dass menschenrechtliche Sorgfalt in den Lieferketten dazugehört“,* erläutert Friedel Hütz-Adams, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei **SÜDWIND e.V.** *„Daher befürworten so viele Unternehmen auch eine zivilrechtliche Haftung: Sie benötigen ein Level Playing Field und das Wissen, dass auch ihre Wettbewerber handeln müssen.“*

Die EU-Kommission hatte den ursprünglich für Juni 2021 geplanten Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz im vergangenen Jahr mehrfach verschoben. Europäische Wirtschaftsverbände betreiben massive Lobbyarbeit gegen wichtige Teile des Vorhabens, darunter aus Deutschland insbesondere der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), die Mittelstands- und Wirtschaftsunion sowie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Das zeigt ein heute veröffentlichtes Briefing von Misereor und dem Global Policy Forum.

*„Im Gegensatz zu vielen aufgeschlossenen Unternehmen setzen deutsche Wirtschaftsverbände alles daran, ein wirksames EU-Lieferkettengesetz zu verhindern. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zu einem solchen Gesetz bekannt und muss jetzt liefern“,* fordert Armin Paasch von **Misereor**.

In Deutschland setzt sich die „Initiative Lieferkettengesetz“ für eine EU-Regelung ein, da das deutsche Lieferkettengesetz nicht weitreichend genug sei: Ohne zivilrechtliche Haftungsregelung bewirke es zu wenig für die Betroffenen. Zudem leiste es einen zu kleinen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz, gelte für zu wenige Unternehmen und mache zu viele Ausnahmen bei den Sorgfaltspflichten. Die Initiative fordert daher von der Bundesregierung, sich aktiv auf EU-Ebene für eine weiterreichende Regulierung einzusetzen.

„Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, sich für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz einzusetzen. Für uns ist klar: ‚Wirksam‘ ist eine solche Regelung nur, wenn sie Unternehmen für Verfehlungen haftbar macht – und endlich unterbindet, dass Konzerne die Klimakrise und das Artensterben befeuern“, betont Ceren Yildiz, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland** (BUND).

Der BUND gehört ebenso wie Südwind e.V. und Misereor zu den 130 Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und kirchlichen Akteuren, die sich zur Initiative Lieferkettengesetz zusammengeschlossen haben.

### **Weiterführende Informationen:**

- Voraussichtliche Tagesordnung der EU-Kommission mit „Sustainable Corporate Governance“ am 23.02.2022: [https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/02/20220202\\_Tagesordnung\\_EU\\_COM.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2022/02/20220202_Tagesordnung_EU_COM.pdf)
- Stellungnahme der mehr als 100 Unternehmen und Investoren für ein EU-Lieferkettengesetz mit zivilrechtlicher Haftungsregelung: <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/eu-mandatory-due-diligence-2022/>
- Briefing von Misereor und Global Policy Forum zum Lobbyismus der deutschen Wirtschaftsverbände: <https://www.globalpolicy.org/de/publication/deutsche-wirtschaftslobby-gegen-wirksames-eu-lieferkettengesetz>

### **Kontakt:**

- **Initiative Lieferkettengesetz:** Johannes Heeg, Sprecher, Tel.: 0151-10611346, E-Mail: [presse@lieferkettengesetz.de](mailto:presse@lieferkettengesetz.de)
- **BUND:** Sigrid Wolff, Pressesprecherin, Tel.: 030-27586497, E-Mail: [Sigrid.Wolff@bund.net](mailto:Sigrid.Wolff@bund.net)
- **Misereor:** Barbara Wiegard, Pressesprecherin, Tel.: 030-44351988, E-Mail: [barbara.wiegard@misereor.de](mailto:barbara.wiegard@misereor.de)
- **SÜDWIND:** Friedel Hütz-Adams, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Tel.: 0160-99404467, E-Mail: [huetz-adams@suedwind-institut.de](mailto:huetz-adams@suedwind-institut.de)

### **Die Initiative Lieferkettengesetz wird getragen von:**

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl), Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Christliche Initiative Romero e.V. (CIR), CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), FEMNET e.V., Forum Fairer Handel e.V., Germanwatch e.V., Greenpeace e.V., INKOTA-netzwerk e.V., Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V., Oxfam Deutschland e.V., SÜDWIND e.V., ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Weltladen-Dachverband e.V., Werkstatt Ökonomie e.V.

Weitere 110 Organisationen unterstützen die Initiative Lieferkettengesetz.